

Niederschrift

Gremium:	Haupt-, Finanz- und Vergabeausschuss
Sitzungsdatum:	Montag, den 12.06.2023
Sitzungsdauer:	19:00 - 20:57 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

 Öffentliche Sitzung

 es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung

 Nichtöffentliche
Sitzung



Andreas Brohm
Vorsitzender



Birgit Wesemann/Andrea Schwarzlose
Protokollführer/nach Abschrift

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Andreas Brohm

Mitglieder

Frau Edith Braun

Herr Dr. Frank Dreihaupt

Herr Marcus Graubner bis Mitte TOP 5

Frau Rita Platte

Herr Bodo Strube

Herr Peter Jagolski

Frau Carmen Kalkofen

Ortsbürgermeister

Herr Kay Sturm

Protokollführer

Frau Birgit Wesemann

Abwesend:

Mitglieder

Herr Werner Jacob entsch.

Herr Wolfgang Kinszorra entsch.

Frau Steffi Kraemer entsch. -Vertr. Herr Jagolski

Frau Alexandra Schleef entsch. Vertr. Frau Kalkofen

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz- und Vergabeausschusses der EGem Stadt Tangerhütte am Montag, 12.06.2023, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

Öffentliche Sitzung

DS-Nr.

- | Öffentliche Sitzung | DS-Nr. |
|---|--------------|
| 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit | |
| 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung | |
| 3. Abstimmung über die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung des Ausschusses vom 19.04.2023 und 02.05.2023 | |
| 4. Einwohnerfragestunde | |
| 5. Information des Ausschussvorsitzenden | |
| 6. Antrag auf Aufstellung vorzeitiger vorhabenbezogener Bebauungsplan Bürgersolarpark Windberge | BV 1036/2023 |
| 7. Antrag Fraktion UWGSA - Grundsatzbeschluss zum Erhalt der Industriehallen der Ortschaft Tangerhütte | BV 1042/2023 |
| 8. Antrag Fraktion WG Zukunft und SPD - Änderung der Sondernutzungssatzung in § 3 Abs. 4 | BV 1043/2023 |
| 9. Antrag der Ortschaft Lüderitz - Austritt der Ortschaft Lüderitz mit seinen Ortsteilen aus der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte | BV 1046/2023 |
| 10. Anfragen und Anregungen, Sonstiges | |
| 16. Wiederherstellung der Öffentlichkeit | |
| 17. Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse | |
| 18. Schließung der Sitzung | |

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Herr Brohm eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung fest. Entschuldigt fehlen Herr Jacob und Herr Kinszorra. Als Vertretung für Frau Schleef ist Frau Kalkofen und für Frau Kraemer ist Herr Jagolski anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 2: Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Brohm teilt mit, dass man eine Personalangelegenheit im nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung noch mit rauf nehmen könnte. Es gehe um eine Entgeltgruppe 7. Dies könne man auch am 21.06.2023 vor der Stadtratssitzung um 18:00 Uhr machen.

Herr Jagolski sei für den 21.06.2023.

Herr Graubner sei auch für den 21.06.2023. Er spricht von den Einladungen in letzter Zeit. Er findet, so gehe dies nicht. Gerade die Sitzung um 16:00 Uhr gehe nicht, weil viele noch arbeiten sind. Die Tagesordnung wird ohne Änderungen so festgestellt.

TOP 3: Abstimmung über die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung des Ausschusses vom 19.04.2023 und 02.05.2023

Herr Brohm bittet um Abstimmung über die Niederschriften vom 19.04.2023 und 02.05.2023.

Abstimmungsergebnis:

19.04.2023: 5x Ja, 0x Nein, 3x Enthaltung

02.05.2023: 5x Ja, 0x Nein, 3x Enthaltung

TOP 4: Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner (Nr.1) spricht über den Solarpark, der entstehen soll. Es seien Ungereimtheiten aufgetreten, die so nicht funktionieren können. Er erklärt, dass die Bewohner über 33 ha informiert worden. Jetzt sollen es 39,5 ha sein, dies passe nicht zusammen. Er spricht über die Ortschaftsratssitzung, wo es eine Abstimmung mit 4x Ja gab. Dann solle es am 25.05.2023 nochmal eine Ortschaftsratssitzung gegeben haben, wo die Abstimmung mit 3x Ja gab. Diese Sitzung wurde nicht bekannt gegeben. Ihm stelle sich die Frage, warum einmal 4x Ja und einmal 3x Ja. Man sei nicht gegen Solar sondern gegen den Standort.

Herr Brohm antwortet und erklärt, warum einmal 4x Ja und dann 3x Ja. Er erklärt, dass es 2 verschiedene BVs waren. Der Gebietsbeschluss beziehe sich auf 40 ha.

Der Einwohner (Nr.1) meint, dass in allen Informationen an die Bürger es um 33 ha ginge.

Herr Brohm nimmt diese Frage mit.

Eine Einwohnerin (Nr.2) bestätigt, dass es immer um 33 ha ginge. Sie findet es nicht gut, dass die Anwohner nicht angehört werden. In Schleuß seien schon die Windräder und man habe die Autobahn vor der Tür.

Herr Brohm fasst nochmal zusammen.

Die Einwohnerin (Nr. 2) möchte nochmal eine Bürgerbefragung machen.

Eine Einwohnerin (Nr. 3) spricht von der Vorstellung von Herrn Biermann vom Bürgersolarpark. Sie fragt, ob man es wirklich nötig habe, dass man 80 Solaranlagenprojekte in der Altmark brauche?

Herr Brohm stellt die 80 Projekte in Frage, dass müsse man Herrn Biermann fragen. Grundsätzlich sei der Ansatz in der EGem ein anderer. Er erklärt, dass die Grundstückseigentümer angesprochen werden von Projektentwicklern und dann findet eine Diskussion statt. Dies hat auch in Windberge stattgefunden. Man müsse schauen, wie könne dies unter welchen Umständen gelingen. Das sei abzuwägen. Letztendlich müsse der Strom irgendwo herkommen.

Der Einwohnerin (Nr. 3) stelle sich trotzdem immer noch die Frage, warum in anderen Bundesländern nicht so viele Projekte durchgeführt werden Sie spricht von der Auftaktveranstaltung, dort habe man detaillierte Fragen gestellt und man habe dort kaum klare Antworten bekommen, außer dass der Bürger mit 2 bis 3 Cent beim Grundstrompreis gefördert werde. Nachdem man eine Bürgerwehr aufgestellt und eine Kontraveranstaltung durchgeführt habe, stand auf einmal 10 Cent pro kWh und 20.000 € für die Gemeinde drauf. Man durfte auch dann die Dächer bebauen lassen, was in der Auftaktveranstaltung nicht geplant war. Wahrscheinlich wenn man dies nicht gemacht hätte, wäre nichts für die EGem rausgesprungen. Sie berichtet, dass man sich bei Facebook von den Pro Leuten beschimpfen lassen musste.

Herr Brohm sei bei ihr, wenn der Park in Umsetzung komme, dass die Einwohner ihren Anteil bekommen. Er erklärt, dass der Anteil für die EGem gesetzlich festgeschrieben sei.

Protokoll Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. vom Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

Der Geschäftsführer der landwirtschaftlichen Genossenschaft in Windberge sei verwundert über diese Beiträge der Anwohner. Man habe alles schon diskutiert und jetzt komme es wieder auf den Tisch. Die Abstimmung habe auch stattgefunden und die Mehrheit war dafür. Zu der Flächenkulisse erklärt er, dass die größer gefasst wurde, weil noch Ausweichmaßnahmen, Hecken und Bepflanzungen stattfinden müssen. Diese Fläche werde sich noch verringern.

Ein **Einwohner (Nr. 4)** möchte wissen, ob die Wahl unter normalen demokratischen Gegebenheiten stattgefunden habe. Er möchte wissen, ob es Stimmzettel gab oder ob jemand rumgelaufen sei und Stimmen gesammelt habe.

Herr Brohm erklärt, dass man einen Kriterienkatalog aufgestellt habe. So wie er es von Windberge gehört habe, bevor der Ortschaftsrat entscheidet, wollte man wissen, wie die Ortschaft dazu stehe und denke. Näheres könne man beim Tagesordnungspunkt (TOP) 6 besprechen.

TOP 5: Information des Ausschussvorsitzenden

Herr Brohm habe keine Informationen.

TOP 6 Antrag auf Aufstellung vorzeitiger vorhabenbezogener Bebauungsplan Bürgersolarpark Windberge Vorlage: BV 1036/2023

Herr Brohm gibt Herrn Sturm (Ortsbürgermeister von Windberge) das Wort.

Herr Sturm erklärt, dass man den Kriterienkatalog umgesetzt habe. Er habe stets versucht, neutral zu wirken und zu handeln. Er spricht über die Wahl. Er erläutert, dass man in der öffentlichen Diskussionsrunde festgestellt habe, dass es eine Pro- und Kontraseite gebe. Man habe sich Vorort entschieden, eine Arbeitsgruppe zu bilden. Es haben weitere Treffen stattgefunden. Gemeinsam habe man sich entschieden, eine Bürgerbefragung durchzuführen. Mit dem Konsens, dass das Ergebnis maßgeblich für die Entscheidung des Ortschaftsrates sein wird. Wenn die Bürgerbefragung negativ ausgefallen wäre, dann hätte der Ortschaftsrat auch dagegen gestimmt.

Herr Brohm erklärt, dass der chronologische Ablauf vorliege.

Frau Braun möchte ihr Gesagtes wortwörtlich aufgeschrieben haben. Sie sagt: "Ja Herr Bürgermeister und Herr Ortsbürgermeister anhand dieser kann man ja sehen, ich meine, ihr habt euch schon Gedanken gemacht und wolltet es richten. Das ist ersichtlich. In Guten wie im Bösen. Aber wie du sagtest, ich war in einer Veranstaltung dabei und da gab es ja wirklich massiv auch Pro und Kontra. Mir z. B. fehlt einfach jetzt die Frage, die Beantwortung der Frage, wie ist das jetzt mit den Wahlzetteln gewesen. Herr Brohm sie haben eigentlich schon in Ihrem Reden bei der Einwohnerfragestunde, dass müssen die Anwesenden wissen, wir dürfen zur Einwohnerfragestunde nicht kommentieren. Wie viel wahlberechtigte Bürger hat nun Ottersburg, Schleuß, Windberge wie viel sind es? Wie viel wahlberechtigte Bürger gibt es? Sie möchte die Frage beantwortet haben, nicht diskutieren. Wie viel haben sie, wissen sie das? Sind es weniger als 135 Wahlzettel oder mehr? Das ist die entscheidende Frage für mich jetzt. Weil die berechtigten Anfragen, das muss ich jetzt auch sagen, ich habe ein gutes Verhältnis, was Recht und Ordnung ist Herr Brohm. Und wenn es und wenn es schon in den Abstimmungen unterschiedlichen Größenordnung gibt und den Befragungen, denn ist das ein Form das ist ein Mangel. Dann ist die Abstimmung nicht 100 % korrekt gelaufen. Und wenn wir nicht wissen, Herr Brohm, wie viel wahlberechtigte Bürger es gibt. Und dann werden Wahlzettel von einem Gremium rausgeschickt, dann bin ich jetzt wirklich sehr am Zweifeln, ob das wirklich kommunal rechtlich korrekt ist. Denn wir haben hier im Stadtrat gesagt, nach dem letzten Theater in Schönwalde, wir machen prinzipiell und den Antrag hatte Herr Dr. Dreihaupt auch gestellt. Durch dieses ganze Hin und Her. Wir machen nach § 28 wohl Bürgerbefragung. Ich hab jetzt mein Gesetz nicht hier. Ich selber habe die Sitzung geleitet und wir haben hier einen klaren Beschluss im Stadtrat, dass wir von der Verwaltung aus prinzipiell übers Einwohnermeldeamt eine anonyme Bürgerbefragung nach wahlberechtigten Bürgeranzahl machen. So dieser Beweis fehlt mir jetzt hier. Das habt ihr gemacht alles gut gemeint, aber wir haben dieses nicht, dass geht übers Amt."

Herr Brohm verneint dies.

Frau Braun sagt weiter: "So haben wir es hier beschlossen, im Fall Schönwalde. Für mich war es so. Ich bestehe jetzt drauf, dass ich jetzt Ausreden darf Herr Brohm. Sie haben auch ihre Meinung gesagt und sie waren aus meiner Ansicht nach nicht objektiv. Ich muss jetzt ganz klar sagen, die Frage ist erst mal zu klären. Und dann ist auch die kommunal rechtliche Seite, leider ist Frau Wittke vom Amt vom Rechtsamt nicht hier. Wenn es unterschiedliche Flächengrößen gibt, gibt es ein Problem eindeutig und ist keine eigentliche Abstimmung und Festlegung einer Gebietskulisse im rechtlichen Sinne. Also diese Bedenken melde ich hier an und ich möchte, dass dies wörtlich ins Protokoll

kommt. Und darüber müssen wir uns unterhalten im Stadtrat. Außerdem habe ich auch darüber noch wirklich Bedenken, weil mir viele Bürger, die sich um den Umweltschutz und Wasserschutz, Naturschutz Gedanken machen, die haben auch Ihre Bedenken bei mir in der Vergangenheit angemeldet. Ich habe auch nachgefragt im Landkreis. Wir haben noch keine Stellungnahme zu dieser Problematik und aus dem Grunde, was treibt uns eigentlich das alles übers Knie zu brechen, bevor wir nicht wissen, ist es überhaupt machbar in dieser Gegend. Wasser, Naturschutz alles, was da dranhängt, öffentlicher Fahrradweg, Altmarkrundkurs steht in unserem Kriterienkatalog ist eigentlich ein Ausschluss. An öffentlichen Fahrwegen ist ein Ausschluss. Hier ist es aber am Fahrradweg und diese Dinge denke ich, sollten wir im Augenmaß in aller Ruhe und mit aller Vorsicht auch behandeln und diskutieren und überdenken. Danke schön.“

Herr Brohm fasst zusammen. Man habe, dies mit der Bürgerbefragung, nicht beschlossen, dies war der Wunsch der UWGSA., aber man habe es noch nicht abgestimmt. Grundsätzlich sei das Prozedere so, dass der Ortschaftsrat entscheidet. Er erklärt, was dort hinten dran hänge haben die Träger der öffentlichen Belange zu beurteilen. Dies wird erst gemacht, wenn man den B-Plan hier beschliesse. Dann kommen Behörden, die entscheiden, ob dies gehe.

Herr Sturm spricht nochmal die Wahl an. Die Zettel wurden zusammen mit der Pro- und Kontraseite ausgearbeitet. Der einzige Kriterienpunkt den er zu lasse, sei der, woher die 39,5 ha kommen. Alles andere lasse er nicht gelten. Die Wahlurne war verblummt. Es gab vom Amt eine Information, wie viel Haushalte wie viel Zettel jeder bekomme. Er berichtet, dass es als Ortschaftsrat sehr schwierig war. Er findet es sehr schade, da man es in der Ortschaft offen kommuniziert habe.

Frau Platte erklärt, dass man im Stadtrat gesagt habe, dass man eine regelrechte Bürgerbefragung haben wolle. Sie findet, die Verwaltung müsse den Ortschaftsrat unter die Arme greifen, in dem man Listen mache, wo die Bürger auch unterschreiben müssen. Diese Listen müssen jederzeit nachvollziehbar sein. Sie fragt nach dem Briefkopf, dort stehen z. B. Bürgersolarpark Windberge selbe Anschrift von Tangerhütte Solarpark, ob diese Firma sich immer für die Ortschaft umbenenne.

Herr Brohm bejaht dies.

Frau Platte findet dies sehr merkwürdig und die Dinge, was die Bürger bekommen sollen stehe immer so im Raum. Sie findet, da müsste die Verwaltung mit unterstützen.

Herr Brohm erklärt, dass die Landwirte überlegen müssen, wie sie ihre Standorte hier in der EGem halten können. Man könne erst Verträge schließen, wenn der Vorhabensträger weiß, dass er bauen darf.

Frau Platte findet, dass man in Windberge überlegen sollte, nochmal eine regelrechte Bürgerbefragung zu machen, um den Frieden herzustellen.

Herr Brohm erklärt, dass der Ortschaftsrat Windberge sich intensiv um einen Entscheidungsprozess bemüht habe.

Frau Platte erklärt nochmal, wie sie das meinte.

Herr Graubner findet auch, dass nochmal eine Bürgerbefragung gemacht werden sollte, um eine Grundlage zu haben, wenn es schon in der Vorlage unklar sei, um wie viel ha es gehe. Dann habe man ein Ergebnis, den man auch folgen könne.

Herr Sturm findet, wenn es so eintreten solle, dann sei dies ein Tritt ins Gesicht für ihm. Er und sein Ortschaftsrat haben versucht, den Kriterienkatalog so umzusetzen. Sie haben sich über 5 Monate damit beschäftigt.

Herr Jagolski meint, es gehe hier erstmal nur um den vorhabenbezogenen B-Plan. Aus seiner Sicht habe Herr Sturm gut gehandelt.

Herr Brohm erklärt, warum es in Schönwalde zu einer Bürgerbefragung gekommen sei. Bis jetzt gebe es keinen Beschluss, dass eine Bürgerbefragung immer gemacht werden soll.

Herr Jagolski stimmt Herrn Brohm zu. Deswegen sollte Herr Dr. Dreihaupt den Antrag abgeben.

Frau Braun findet, dass aus ihrer Sicht der Antrag von Herrn Dr. Dreihaupt nach § 28 für alle PV-Anlagen gelte. Wenn Herr Brohm dies verneine, solle er es ihr beweisen. Man werde jetzt einen Antrag stellen für die nächste Stadtratssitzung und dies dann neu beschließen, um eine Restsicherheit zu haben.

Herr Jagolski erklärt, dass der Antrag nur für Schönwalde gelte und die UWGSA sollte den Antrag nochmal einreichen, dass dies für alle Solaranlagen gemacht werde.

Frau Platte spricht über die Befangenheit in Windberge an, dass die Ortschaftsratsmitglieder nicht mit abstimmen dürfen.

Herr Sturm berichtet, dass dies stattgefunden habe.

Herr Brohm erklärt, dass bei der Gebietskulissenabstimmung alle abstimmen dürfen. Erst beim vorhabenden B-Plan dürfen die Betroffenen nicht mit abstimmen.

Herr Graubner klärt auf, dass man es nicht als Tritt empfinden sollte.

Herr Brohm erklärt, dass der Ortschaftsrat Windberge richtig gehandelt habe. Dort wurde sehr konstruktiv miteinander gesprochen.

Herr Jagolski stellt einen Geschäftsordnungsantrag, Ende der Rednerliste und dann Abstimmung.

Herr Brohm bittet um Abstimmung über die BV 1036/2023.

Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt die Aufstellung des o. a. vorzeitigen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gemäß § 2 Abs.1 BauGB.

Das Plangebiet umfasst in der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte, Gemarkung Ottersburg, Flur 3 und 4, die in der Anlage 2 aufgeführten Flurstücke.

Planungsziel ist die Festsetzung eines Sondergebietes für erneuerbare Energien gemäß § 11 Abs.2 BauNVO mit einer Größe von ca.39,5 ha. Ein städtebaulicher Vertrag (Durchführungsvertrag) gemäß §12 BauGB und bei Notwendigkeit eine Erschließungsvereinbarung ist zwischen der Einheitsgemeinde und dem Vorhabenträger zu schließen. Die Erarbeitung des Bebauungsplanes sowie alle in diesem Zusammenhang anfallende Planung, Erschließungs- und Verfahrenskosten gehen zu Lasten des Vorhabenträgers. Der Beschluss über die Aufstellung des o. a. Bebauungsplanes ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Bemerkung: Auf Grund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes – KVG LSA war(en) kein/ Mitglied(er) des Stadtrates von der Abstimmung ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis: 5x Ja, 2x Nein, 1x Enthaltung

TOP 7: Antrag Fraktion UWGSA - Grundsatzbeschluss zum Erhalt der Industriehallen der Ortschaft Tangerhütte **Vorlage: BV 1042/2023**

Herr Dr. Dreihaupt erklärt, dass der Verein versuchen möchte einen Investor zu finden. Der Verein möchte auch kein Geld von der Stadt haben. Er bittet um Zustimmung.

Herr Jagolski berichtet, dass der Ortschaftsrat und der Bauausschuss zugestimmt habe.

Herr Strube findet, dass die Industriehallen inzwischen sichtlich verfallen sind.

Herr Brohm bittet um Abstimmung über die BV 1042/2023.

Auf Antrag der Fraktion UWGSA beschließt der Stadtrat einen Grundsatzbeschluss zum Erhalt der europaweit einmaligen Industriehallen der Ortschaft Tangerhütte.

Abstimmungsergebnis: 8x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung

TOP 8: Antrag Fraktion WG Zukunft und SPD - Änderung der Sondernutzungssatzung in § 3 Abs. 4 **Vorlage: BV 1043/2023**

Herr Jagolski erklärt den Antrag. Vorher war das mit dem Freibord schwammig formuliert gewesen.

Herr Brohm fragt nach, da manche Händler am Gebäude und etwas weiter weg z. B. am Baum was zu stehen haben. Dies am Baum würde dann wegfallen.

Herr Jagolski bejaht dies. Er berichtet, dass Herr Borstell (Ortsbürgermeister von Tangerhütte) mit einigen Händlern gesprochen habe.

Herr Brohm meint, dass dann weniger auf der Straße stehen werde.

Herr Jagolski antwortet, dass dies Sinn der Sache sei.

Herr Brohm möchte wissen, was man mit den Schildern über Tangerhütte hinaus gemacht werden solle.

Herr Jagolski spricht über den Hähnchenwagen in Tangerhütte. Er findet, dass Frau Wittke es korrekt ausgearbeitet habe und so würde er es beschließen.

Frau Platte fragt nach, ob die Schilder auf den Dörfern nicht gemeint seien.

Herr Brohm antwortet, wenn man es streng auslege, sind diese damit auch gemeint und dürfen dann nicht mehr stehen.

Herr Brohm bittet um Abstimmung über die BV 1043/2023.

Auf Antrag der Fraktion UWGSA und SPD beschließt der Stadtrat die 2. Änderung der Satzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen (Sondernutzungssatzung) in § 3 Abs. 4 – Sog. Freibordregelung, lt. Anlage.

Abstimmungsergebnis: 5x Ja, 2x Nein, 1x Enthaltung

TOP 9: Antrag der Ortschaft Lüderitz - Austritt der Ortschaft Lüderitz mit seinen Ortsteilen aus der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte **Vorlage: BV 1046/2023**

Frau Braun informiert über ihren Antrag zum Austritt. Aufgrund des Haushaltes und des HKKs, dass bis 2027 keine Maßnahme mehr enthalten sei, obwohl diese in 2022 umgesetzt werden sollten. Dies bedeute für Lüderitz, dass es ein Stillstand gebe und Stillstand sei Rückschritt. Man be-

wege sich seit 10 Jahren im Rückschritt. Sie zählt einige Maßnahmen auf, die nicht durchgeführt worden sind.

Herr Jagolski hätte gerne, dass Herr Brohm noch sage, wie das rechtlich sei.

Herr Brohm erklärt die einzelnen Schritte. Es müsse der Stadtrat der EGem zustimmen. Dann müsse man klären, wie die Gebietsänderung erfolgen solle. Die KVG lässt zu, dass Lüderitz sich zu einer anderen Gemeinde eingliedert. Die verbliebene EGem könne weiter existieren. Der Gesetzgeber rät an, dass die Gebietskulisse angrenzt und dies würde automatisch auf Stendal fallen. Der Stadtrat von Stendal müsse zustimmen. Der Prozess werde mehrere Monate dauern. Am Ende gebe es einen Gebietsänderungsvertrag. Wenn dieser Vertrag zur Abstimmung stehe, wäre dann der Zeitpunkt, wo man die Bürger der drei betroffenen Ortschaften befrage.

Frau Platte spricht ohne Mikrofon, dass das Innenministerium zustimmen müsse.

Herr Brohm verneint dies, es müsse der Landkreis zustimmen. Die Kommunalaufsicht müsse unter dem Aspekt der Gemeindegewandorientierung eine Entscheidung fällen.

Herr Graubner könne die Gründe von Frau Braun verstehen. Es sei auch ein Ortschaftsratsmitglied ausgestiegen deswegen. Er berichtet, was für Maßnahme durchgeführt wurde, dass Feuerwehrgerätehaus. Ihm seien die Auswirkungen zu groß, um das zu zustimmen.

Frau Platte sei auch nicht einverstanden, wie das Vorgehen für die Dörfer laufe. Ein Großteil Schuld habe die schlechte Finanzausstattung und die Arbeit der Verwaltung. Es gibt viele Dinge, die man anders machen könne. Sie findet es einerseits verständlich, aber sie werde dies auch nicht zu stimmen.

Herr Strube meint, man habe keinerlei Erfahrungen diesbezüglich. Es sei schwer zu entscheiden. Er findet, die Unterfinanzierung der Kommunen sei ein entscheidendes Kriterium. Es sei schlimm, wie man ausgestattet sei. Er könne dem auch nicht zustimmen, weil die Nachteile überwiegen, als die Vorteile der Gemeinde Lüderitz.

Frau Braun habe gesagt bekommen, dass man die Gemeinde Lüderitz nicht rauslassen wolle, sonst fehle ja das Geld. Ihr Problem sei es, dass die Verteilungskämpfe im Stadtrat nicht gerecht zu gehen. Sie spricht vom Feuerwehrgerätehaus, Es wäre wichtiger gewesen, einen Kitaerweiterungsbau zu machen. Sie berichtet, dass man seit 1990 keine Rückentwicklung in Lüderitz habe. Sie findet, man sei strategisch wichtig für die EGem, aber man werde nicht finanziell ausgestattet. Sie meint, dass der Kitabau kommen hätte müssen, dann hätte sich Lüderitz nicht so entschieden. Sie findet, es sei ein Skandal, da sie seit 2017 die Zusage habe, für einen neuen Jugendclub. Jetzt heiße es, vor 2027 passiere nichts. Dies könne aus ihrer Sicht nicht sein.

Herr Jagolski stellt einen Geschäftsordnungsantrag, Ende der Rednerliste und Abstimmung.

Herr Sturm fragt nach, welche Auswirkungen es für Windberge gebe, wenn Lüderitz austrete?

Herr Brohm antwortet, dass Windberge über den Korridor mit Schernebeck verbunden sei.

Herr Brohm bittet um Abstimmung über die BV 1046/2023.

Die Ortsbürgermeisterin der Ortschaft Lüderitz beantragt auf Beschluss des Ortschaftsrates aus der Sitzung vom 26.04.2023 gemäß § 85 Abs. 4 S. 2, 3 KVG LSA, der Stadtrat möge den Austritt der Ortschaft Lüderitz und seiner Ortsteile (Groß-Schwarzlosen, Stegelitz) aus der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließen.

Abstimmungsergebnis: 2x Ja, 6x Nein, 0x Enthaltung

TOP 10: Anfragen und Anregungen, Sonstiges

Frau Braun liest den Antrag für die nächste Stadtratssitzung vor. Der Antrag der Wählergemeinschaft (WG) Lüderitz lautet: Der Stadtrat möge beschließen, dass prinzipiell, vor Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für Bürgersolarparks oder Photovoltaikanlagen eine Bürgerbefragung durch die Stadtverwaltung analog der Wahlunterlagen durchzuführen ist. Dieser Antrag beziehe sich auf das Modell in Schönwalde.

Es entsteht eine Diskussion darüber, dass es so einen Antrag schon gebe.

Frau Braun möchte von Herrn Brohm wissen, wo dieser Antrag sei.

Herr Jagolski bittet Frau Braun, nochmal den Antrag vorzulesen.

Frau Braun liest nochmal vor.

Herr Jagolski würde Windkraft mit reinnehmen.

Frau Platte würde mit in diesem Antrag mit reinnehmen, dass die Bürger vorher umfassend informiert werden.

Frau Braun klärt auf, dass dies im Kriterienkatalog drinstehe. Sie nimmt die UWGSA mit rein und Windkraftanlagen.

Herr Jagolski meint, dass die SPD auch mit reingenommen werden kann. Er findet, es müsse mit rein, dass die Kosten der Vorhabensträger übernehme.

Frau Braun nimmt das mit in den Antrag rein.

Herr Graubner sagt, dass die CDU auch den Antrag mittrage.

Frau Braun wiederholt nochmal, die Fraktionen UWGSA, WG Lüderitz, SPD, CDU und WG Altmark-Elbe.

Frau Platte findet, dass das Gebäudemanagement sich Angebote einholen sollte für z.B. Farbe. Und nicht den Gemeindearbeiter losschicken. So was könnte man auch online machen.

Herr Graubner spricht die Einladung an. Er hätte gerne wieder vernünftige Einladungen.

Herr Brohm erklärt, warum es so viele Einladungen momentan gebe.

Herr Strube möchte wissen, ob das bisherige Prozedere erhalten bleibe, bis dieser Antrag beschlossen sei oder werde es unterbrochen.

Herr Graubner verlässt den Saal. Somit sind 7 Ausschussmitglieder anwesend.

Herr Brohm antwortet, wenn man wisse, dass es für das Projekt vieles dafür spreche, werde man es auch anstoßen wollen. Dies ginge am besten mit einer Vorstellung des Projektes, damit man in einer Infoveranstaltung Gespür bekomme, ob es gehe oder nicht. Dann müsse man sich überlegen, ab wann man die Bürger befragen könne.

Frau Platte meint, dass der Stadtrat entscheidet und der müsse gucken, ob es jenseits von Gut und Böse sei.

Herr Brohm erklärt, dass der Stadtrat die Bürgerbefragung beschließen müsse.

Frau Braun findet, dies sei falsch. Sie meint, wenn man einen Stadtratsbeschluss habe, sei das unabhängig, was der Ortschaftsrat mit seinen Bürgern diskutiere.

Herr Brohm erklärt, wie er das meinte. Man brauche ein Stadtratsbeschluss, wo drinstehe, dass die Bürgerbefragung nach § 28 KVG durchgeführt werde.

Frau Braun erklärt, dass bei jeder Maßnahme dies gemacht werde.

Herr Brohm spricht davon, dass die Befragung, laut KVG der Stadtrat beschließen müsse, dass sie durchgeführt werde.

Frau Braun klärt auf, dass es prinzipiell gemacht werden muss. Dann sei es Bestandteil des Verfahrens und muss nicht extra beschlossen werden.

Herr Strube wollte wissen, ob die Verfahren, die jetzt gerade schon laufen, unterbrochen werden.

Herr Brohm antwortet, dass am greifbarsten Windberge sei. Darüber müsse der Stadtrat entscheiden.

Frau Kalkofen findet, dass Windberge doch durch sei.

Frau Braun meint, was beschlossen wurde, bleibt nur für Anlagen die neu dazu kommen.

Herr Brohm stellt die Nichtöffentlichkeit um 20:40 Uhr her.

Frau Kalkofen geht um 20:40 Uhr. Somit sind 6 Ausschussmitglieder anwesend.

Öffentlicher Teil

TOP 16: Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Herr Brohm stellt die Öffentlichkeit, um 20:55 Uhr wieder her.

TOP 17: Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Brohm gibt die gefassten Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekannt.

BV 1048/2023

Vergabe von Planungsleistungen – Beantragung von wasserrechtlichen Genehmigungen

Abstimmungsergebnis: 5x Ja, 0x Nein, 1x Enthaltung

BV 1051/2023

Antrag Fraktion WG Zukunft – Parkplätze Norma

Abstimmungsergebnis: 4x Ja, 2x Nein, 0x Enthaltung

TOP 18: Schließung der Sitzung

Herr Brohm schließt die Sitzung um 20:57 Uhr.

Fertiggestellt am 11.07.2023